
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMOPHOBIE, TRANSPHOBIE UND BIPHOBIE

17.05.2017

- **Homosexuelle hatten bis in die jüngste Vergangenheit viel Unrecht und Leid zu ertragen**
- **FDP forderte schon 1980 die Streichung des § 175 StGB a.F.**
- **FDP begrüßt Gesetzesentwurf zur Rehabilitierung homosexueller Justizopfer und fordert eine Opferrente**

„Am 17. Mai 1990 beschloss die WHO, Homosexualität von der Liste der Krankheiten zu streichen. Seit 1992, mit der aktualisierten Ausgabe des weltweit anerkannten Klassifikations-Katalog für Krankheiten, dem ICD-10-Katalog, war die Homosexualität als Krankheit auch offiziell endgültig gestrichen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Tag, an dem die Weltgesundheitsorganisation ihre Haltung zur Homosexualität änderte und an die Realität anpasste, zum Gedenktag erklärt wurde. Denn bis zu diesem Tag – und noch darüber hinaus – hatten Homosexuelle viel Unrecht und Leid zu ertragen“, erklärte Jürgen LENDERS, queerpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Lenders weiter:

„Der 17.5. eignet sich auch aus einem anderen Grund als Gedenktag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie, da er der Zahl nach an die homosexuellen Justizopfer erinnert, die aufgrund von § 175 StGB a.F. wegen einvernehmlicher sexueller Handlungen verurteilt wurden. Obwohl die FDP bereits 1980 als erste Partei die Streichung des § 175 StGB a.F. in ihrem Wahlprogramm forderte, wurde dieser erst 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Bis heute sind diejenigen Männer, die aufgrund von § 175 StGB a.F. verurteilt wurden weder rehabilitiert noch entschädigt worden. Daher begrüßen

wir Freie Demokraten ausdrücklich den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach 1945 verurteilten homosexuellen Justizopfer. Der Gesetzesentwurf bekennt sich zum Unrecht, dass homosexuellen Männern ergangen ist, wenngleich er in Anbetracht des verübten Unrechts nicht weit genug geht. Die FDP fordert eine zusätzliche Opferrente, da die strafrechtliche Verfolgung nicht nur Haft und Stigmatisierung, sondern auch zerstörte Karrieren bedeuteten.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de